

Kommunisten und Gewerkschaften in Deutschland - zu einigen historischen Aspekten kommunistischer Gewerkschaftspolitik

Professor Dr. Hermann Weber, geboren 1928 in Mannheim. Er ist Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte, Theorie und Politik des Kommunismus sowie zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

Seit ihrer Gründung an der Jahreswende 1918/19 hat die Kommunistische Partei Deutschlands¹ (nach ihrem Selbstverständnis stehen sowohl SED wie DKP in deren Traditionslinie) die Gewerkschaftspolitik als eine ihrer zentralen Aufgaben angesehen. Die deutschen Kommunisten, aus dem radikalen Flügel der Arbeiterbewegung erwachsen, verstanden sich als Arbeiterpartei, als einzige konsequente Interessenvertretung der Arbeiterklasse, sie blieben daher immer auf die stärkste Kraft der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, fixiert.

Die kommunistische Gewerkschaftspolitik der letzten 60 Jahre in Deutschland zeigt in einigen ideologischen Postulaten eine durchgängige Kontinuität, dagegen ist die praktische Politik durch vielfache Brüche und Veränderungen gekennzeichnet. Die ideologische Konzeption wurde und wird bestimmt von der leninistischen These, die (kommunistische) Partei sei die Avantgarde der Arbeiter. Daraus leitet die Partei gegenüber den Gewerkschaften als Massenorganisation einen objektiven Führungsanspruch ab. In dieser Sicht haben Gewerkschaften den Charakter von „Transmissionsriemen“ der Parteipolitik zu den Massen². Schließlich wird das Verhältnis der Kommunisten zu den anderen Gruppen der Arbeiterbewegung, also gegenüber den Gewerkschaften, bestimmt von ihrem Absolutheitsanspruch: Die Kommunisten behaupten, sie seien durch ihre „wissenschaftliche Weltanschauung“ im Besitz der Wahrheit, ihre ideologische Kernthese lautet daher, die Partei habe „immer recht“, sie allein vertrete die „historischen Interessen“ der Arbeiter.

Solche ideologischen Positionen bilden die Basis kommunistischer Gewerkschaftspolitik. Die Politik selbst hat sich freilich immer wieder geändert, wohl nicht

1 Zur Politik der KPD vgl. Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt/M. 1969, dort auch weitere Literaturhinweise.

2 „Über die Gewerkschaften entscheidet sich in hohem Maße das Verhältnis der revolutionären Partei zur Gesamtheit der Klasse“, schreibt das „Kleine Politische Wörterbuch“ der SED (Berlin-Ost 1973, S. 308).

zuletzt, weil auch die kommunistische Bewegung Wandlungen unterworfen war. In historischer Perspektive ist daher beim Verhältnis der Kommunisten zu den Gewerkschaften der Wandlungsprozeß des Kommunismus selbst zu berücksichtigen. Hinzu kamen veränderte strategische Konzeptionen der kommunistischen Politik, die mit der jeweiligen Haltung zur „Einheitsfront“ zusammenhingen. Dabei blieb in der kommunistischen Strategie ein Ziel gleich: die Gewinnung der Massen der Gewerkschaftsmitglieder als Voraussetzung des eigenen Sieges, sei es durch „Eroberung“ der Gewerkschaften oder durch ihre Spaltung und die Schaffung kommunistischer Sondergewerkschaften. Schließlich wird das Verhältnis der Kommunisten zu den Gewerkschaften entscheidend davon bestimmt, ob die Kommunisten die Regierungsmacht besitzen oder ob sie sich in Opposition befinden. An einigen Beispielen der deutschen Entwicklung ist die Problematik ablesbar.

Der FDGB als kommunistische Gewerkschaft

Am deutlichsten kommt die kommunistische Grundposition gegenüber den Gewerkschaften dort zum Ausdruck, wo Kommunisten an der Macht sind, die Entwicklung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) kann dafür beispielhaft stehen. Der FDGB entstand bereits im Juni 1945 in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands, zunächst als überparteiliche, einheitliche und unabhängige Gewerkschaftsorganisation. Erstmals konnten die Kommunisten wichtige Führungspositionen besetzen³. Durch die Einschmelzung der SPD in die SED sowie durch straff gelenkte Betriebs- und Organisationsarbeit hatten die Kommunisten bald eine Vormachtstellung im FDGB inne. Auf dem 2. Kongreß des FDGB im April 1947 errang die SED eine überwältigende Mehrheit im Vorstand.

Mit der Umbildung der SED in eine „Partei neuen Typus“ änderte sich ab 1948 sowohl das Verhältnis zwischen SED und FDGB als auch die Funktion des FDGB. Wie in der Sowjetunion kam es in der DDR zu einer Vorherrschaft der Partei über die Gewerkschaft. Für die Sowjetunion verkündete beispielsweise der damalige Vorsitzende der Gewerkschaften, Schwernik, 1956: „Die Gewerkschaften waren in allen Etappen des Aufbaus der neuen Gesellschaft zuverlässige Vollstrecker der Politik der Partei“⁴. Auch der FDGB, von der SED gelenkt und personalpolitisch geführt, sollte „Vollstrecker“ der kommunistischen Politik werden. Entsprechend nahm der 3. Kongreß des FDGB 1950 eine Satzung an, in der die SED als „bewußter Vortrupp der Arbeiterklasse“ bezeichnet wurde. 1952 rechtfertigte die FDGB-Führung die „Anleitung der Gewerkschaft“ durch die Partei und bestätigte die „führende Rolle“ der SED⁵. Im Gegensatz zu freien Gewerkschaften, die sich – selbst

3 Der Kommunist Jendretzky wurde 1. Vorsitzender des FDGB, 2. Vorsitzender der Sozialdemokrat Göring und Lemmer (CDU) 3. Vorsitzender.

4 Diskussionsreden auf dem XX. Parteitag der KPdSU. Berlin (Ost) 1956, S. 267.

5 Vgl. dazu: Der FDGB als Erfüllungsgehilfe der SED. Hrsg. DGB, Frankfurt/M. 1962. - Handbuch für den Gewerkschaftsfunktionär im Betrieb. Hrsg. Bundesvorstand des FDGB. Berlin (Ost) 1955, S. 340.

wenn sie mit Parteien verbunden sind — ein Mindestmaß an Unabhängigkeit bewahren, ordnete sich der FDGB (wie alle kommunistischen Staatsgewerkschaften) der SED-Parteiführung unter. Damit wurde für die Kommunisten der FDGB zu einer „Massenorganisation“ entsprechend der These: „Die Gewerkschaften leisten unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei politisch-ideologische Arbeit und tragen zur Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten und Kollektivbeziehungen bei“⁶, bilden also „Schulen des Kommunismus“. Doch nicht nur die Abhängigkeit von der Partei ist typisch für die spezifische Funktion der Gewerkschaft im kommunistisch regierten Staat. Da es sich um ein System der (von der Partei geführten) gelenkten Staatswirtschaft handelt, ist auch die grundsätzliche Aufgabenstellung einer Gewerkschaft, die Interessenvertretung der Arbeitnehmer gegenüber der Wirtschaft, aufgehoben.

Bereits im November 1948 proklamierte die FDGB-Führung die Abkehr von „überholten“ gewerkschaftlichen Traditionen, „Planerfüllung“ in der Wirtschaft sollte nunmehr in den Mittelpunkt der Gewerkschaftsarbeit treten. Die opponierenden unabhängigen Betriebsräte wurden aufgelöst, das Streikrecht de facto aufgehoben. Die Wandlung des Kommunismus zum Stalinismus⁷ hatte die Entrechtung der Arbeiterschaft und eine völlige Funktionsänderung der Gewerkschaften gebracht. Lenin hatte noch von der Gegensätzlichkeit der Interessen im Betrieb zwischen Arbeitermassen und Direktoren gesprochen und erklärt: „Deshalb haben die Gewerkschaften in bezug auf die sozialisierten Betriebe die unbedingte Pflicht, die Interessen der Werktätigen zu verteidigen“⁸. In der Stalin-Ära war es der Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaft selbst, der beantragte, daß „Arbeiter und Angestellte der . . . Betriebe und Dienststellen bei eigenmächtiger Aufgabe des Arbeitsplatzes mit Gefängnis von zwei bis vier Monaten bestraft“ wurden, während „Arbeitsversäumnisse ohne wichtigen Grund mit Erziehungsarbeit am Arbeitsplatz bis zu sechs Monaten geahndet wird, wobei bis zu 25% des Lohnes einbehalten werden können“⁹.

Die stalinistische Wandlung des Kommunismus hatte zur Instrumentalisierung der Gewerkschaften geführt. Die Entstalinisierung brachte für den FDGB wenigstens ansatzweise neue Perspektiven. Als „Massenorganisation“ der SED blieb der FDGB eine Staatsgewerkschaft, die durch Forcierung der Aktivistenbewegung vor allem die Ziele der Staatswirtschaft zu erfüllen hatte. Da der FDGB jedoch andererseits auch die Vertretung der Interessen seiner Millionen Mitglieder im Auge haben sollte, hatte er die sozialen Belange, den Arbeitsschutz und die Rechte der Arbeiter im Betrieb zu verteidigen. Das führte zu einem ständigen Interessenkonflikt und

6 Kleines Politisches Wörterbuch, a.a.O., S. 309.

7 Vgl. zu den Wandlungen des Sowjetkommunismus Hermann Weber: *Demokratischer Kommunismus?* Hannover 1969 (Neuaufgabe: Berlin-West 1979), S. 77 ff.

8 W. I. Lenin: *Über Gewerkschaften*. Wien 1927, S. 148.

9 Lehrbuch des sowjetischen Arbeitsrechts. Berlin (Ost) 1952, S. 269.

zum typischen Spannungsverhältnis kommunistischer Gewerkschaften. Während der fünfziger Jahre war der FDGB fast nur auf Planerfüllung und die Durchsetzung der Partei- und Staatsinteressen orientiert, in den sechziger Jahren rückten mit der neuen Politik der SED auch die Belange der Mitglieder stärker ins Blickfeld. Die FDGB-Kongresse von 1963 und 1968 unterstrichen neben den Aufgaben der Gewerkschaft als „Erbauer des Sozialismus“ die Vertretung der Arbeiter im Betrieb.

Diesem Einsatz für die Mitglieder waren allerdings Grenzen gesetzt. Durch Personalunion sind alle wichtigen Positionen im FDGB mit SED-Funktionären besetzt. Die SED verlangt aber von ihren Mitgliedern Priorität der Parteiarbeit, so daß sich die FDGB-Funktionäre erst in zweiter Linie als „Gewerkschafter“ verstehen konnten. Damit stehen die Funktionäre einerseits unter dem Druck ihrer Basis, andererseits unter dem der Partei. Dieses Spannungsverhältnis blieb erhalten. Auch heute wird die „straffe, zentralisierte Leitung innerhalb des FDGB als auch dessen feste Einbindung in das politische System“ konstatiert, aber auch das Problem der Mitgliederinteressen gesehen¹⁰. Schließlich ist der FDGB auch in das Parteiensystem der DDR integriert, er hat z. B. eine eigene Fraktion in der Volkskammer.

Die völlig anders geartete Funktion der Gewerkschaften in kommunistisch regierten Staaten gegenüber den freien Gewerkschaften ist also offensichtlich, ebenso ist daraus abzuleiten, daß die heutigen Kommunisten eine solche Funktionsänderung der Gewerkschaften als ihr Ziel ansehen. Das gilt für diejenigen Kommunisten, die ein System wie das der DDR als vorbildhaft betrachten (auf das Verhältnis der „Eurokommunisten“ zu den Gewerkschaften kann hier nicht eingegangen werden). Die Gewerkschaftspolitik der Kommunisten, die die Macht erst erringen wollen, wird freilich vor allem von praktisch-politischen Überlegungen bestimmt und hängt von der jeweiligen Situation ab, wie ein Blick in die Geschichte deutlich macht.

Kommunistische Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik

Die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung im 1. Weltkrieg wirkte sich auch auf die Gewerkschaften aus. Die Auseinandersetzungen um die Burgfriedenspolitik zwischen Mehrheitssozialdemokraten und USPD berührten jedoch die grundsätzliche Haltung gegenüber den Gewerkschaften und ihrer Rolle kaum. Die Kommunisten hingegen, die nicht nur die Haltung der Gewerkschaften im Kriege scharf verurteilten, sondern auch die Politik der „Arbeitsgemeinschaft“ und die negative Haltung der Gewerkschaften zu Räten und Sozialisierung, entwickelten radikale neue Vorstellungen über die Gewerkschaften.

Der Gründungsparteitag der KPD zeigte freilich noch sehr verworrene Konzeptionen. Anhänger der früheren Bremer Linksradiكالen plädierten für eine „Ein-

¹⁰ Hartmut Zimmermann: Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, in: Günter Erbe u. a.: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR. Opladen 1979, S. 140 f.

heitsorganisation", doch diese wurde von den Spartakisten verworfen. In der Diskussion auf dem Gründungsparteitag wurde verlangt, die KPD habe die Parole auszugeben: „Heraus aus den Gewerkschaften!". Selbst Rosa Luxemburg sprach sich für die „Liquidierung" der Gewerkschaften aus, die ein Hindernis der Revolution seien, sie wehrte sich freilich gegen die „Einheitsorganisation" und die Austritts-Parole. Nur einzelne Redner bestritten, „daß die Gewerkschaften überflüssig geworden sind, und daß es ein Nutzen wäre, eine Austritts-Parole zu geben."¹¹

Die Kommunisten proklamierten die Zerstörung der „gegenrevolutionären" Gewerkschaften und traten für den Zusammenschluß zu „Arbeiter-Unionen" ein. Diese brachen allerdings rasch zusammen, bis 1920 blieb nur die „Union der Hand- und Kopfarbeiter" eine wichtige Organisation. Der 2. Parteitag der KPD im Oktober 1919 beschloß „Leitsätze", die die Zwiespältigkeit der Kommunisten gegenüber den Gewerkschaften demonstrierten. Einerseits wurde gefordert, den „Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie" aufzunehmen, um diese zu isolieren und die Kommunisten „fraktionsmäßig" zusammenzuschließen, also in den Gewerkschaften zu verbleiben. Andererseits sollten „sich loslösende Gewerkschaftsteile" zu „Arbeiter-Unionen" zusammengefaßt werden¹². Eindeutig abgelehnt wurden die „Einheitsorganisationen", worauf die radikalen Kommunisten die KPD verließen und die KAPD gründeten.

Die sowjetischen Kommunisten und vor allem Lenin forderten von der KPD eine flexiblere Haltung. Lenin verlangte, sich nicht von den „rückständigen" Arbeitern abzusondern, sondern unter ihnen zu wirken. Da die Gewerkschaftsführer „mit Hilfe der bürgerlichen Regierungen" die Kommunisten aus den Gewerkschaften verdrängen wollten, müsse man „zu all und jedem Opfer entschlossen sein und sogar - wenn es sein muß - zu allen möglichen Listen, Kniffen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewerkschaften einzudringen, in ihnen zu bleiben und dort um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten."¹³ Entsprechend forderten die „21 Bedingungen" zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale von 1920 „systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften" zu entfalten und dort „kommunistische Zellen zu organisieren"¹⁴. Nach dem Zusammenschluß mit der linken USPD Ende 1920, durch den die Partei überhaupt erst nennenswerten Einfluß auf gewerkschaftlich organisierte Arbeiter bekam, legte sich die KPD auf diese Linie der Gewerkschaftspolitik fest. Ziel war es nun vor allem, eine Mehrheit in den Gewerkschaften zu finden, um diese für die kommunistische Politik einsetzen zu können.

11 Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Hrsg. Hermann Weber, Frankfurt/M. 1969, S. 154ff.

12 Bericht über den 2. Parteitag der KPD (Spartakusbund), o. O. u. J. (1919), S. 54.

13 Lenin, Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus (1920), in: Lenin, Aus den Schriften. Hrsg. Hermann Weber, München 1967 (Neuaufgabe 1979), S. 240.

14 Vgl. Hermann Weber: Die Kommunistische Internationale. Hannover 1966, S. 59.

Auch die 1921 erstmals versuchte Einheitsfrontpolitik sollte dazu dienen. Die Komintern, die immer stärker die Politik der KPD bestimmte, beschloß Leitsätze, die eine Einheitsfront der Kommunisten mit Sozialisten und Gewerkschaften ermöglichen sollte. Im Dezember 1921 erklärte der Komintern-Vorsitzende Sinowjew freilich das Verhältnis von Spaltung und Einheitsfront als eine „dialektische Sache“. Hätten „wir die Spaltung nicht gemacht“, wäre auch das „Manöver“ der Einheitsfronttaktik nicht durchführbar. Einheitsfront sei — so Sinowjew — nötig, „um schneller die Massen auf die Seite des Kommunismus herüberzuziehen“¹⁵.

„Einheitsfront von unten“ sollte nach kommunistischer Ansicht die Massen, vor allem die Gewerkschaftsmitglieder, erobern. „Einheitsfront von oben“, d. h. direkte Verhandlungen mit den Führern der anderen Parteien und Gewerkschaften, die Lage der Arbeiter verbessern. Das setzte eine kommunistische Realpolitik voraus, auch den gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion (etwa nach dem Rathenau-Mord 1922). Auf diese Weise konnte die KPD in den Gewerkschaften Erfolge erringen. Doch ging „der kommunistische Einfluß in den Gewerkschaften vom Jahre 1923 an rasch und stark zurück“¹⁶. Das war auf eine Änderung der kommunistischen Strategie zurückzuführen, die 1924/25 wieder zu einer ultralinken Position führte. Neben den bereits bestehenden kommunistischen Gruppen (Union der Hand- und Kopfarbeiter, Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Industrieverband der chemischen Arbeiter) kam es 1924 zu Neugründungen kommunistischer Gewerkschaften. Die neue KPD-Führung (Fischer, Maslow) tolerierte diese Bestrebungen zunächst, mußte dann aber unter dem Druck der Komintern die radikalen Anti-Gewerkschafter ausschließen und die kommunistischen Mini-Gewerkschaften auflösen, ihre Mitglieder kamen 1925/26 in die Freien Gewerkschaften zurück. Doch dort schrumpfte der Einfluß der Kommunisten rapide. War die KPD nach eigenen Angaben auf dem ADGB-Kongreß von 1922 noch mit 88 Delegierten vertreten, so waren es 1925 nur noch 3 Delegierte. Erst mit einer neuen Wendung 1926 konnten die Kommunisten in einigen Gewerkschaften wieder Fuß fassen. Sie blieben eine oppositionelle Minderheit, es gab auch Ausschlüsse einzelner Kommunisten¹⁷, doch blieb die kommunistische Gewerkschaftsarbeit auf die Freien Gewerkschaften ausgerichtet. Das änderte sich mit der neuen ultralinken Schwenkung der Komintern und der KPD 1928/29.

RGO-Politik

Als Sektion der Komintern geriet die KPD in den zwanziger Jahren in völlige Abhängigkeit von der KPdSU und wurde in eine stalinistische Partei umgewandelt. Entsprechend dem neuen Kurs Stalins griff die KPD ab 1929 die Sozialdemokraten,

¹⁵ Internationale Pressekorrespondenz, 1921, S. 353.

¹⁶ Salomon Schwarz: Handbuch der Gewerkschaftskongresse. Berlin 1930, S. 309.

¹⁷ Vgl. dazu z. B. Der achtzehnte ordentliche Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Stuttgart (1928), Anhang II. Auf dem Kongreß waren auch bekannte Kommunisten wie etwa Georg Schumann Delegierte.

als „Sozialfaschisten“ diffamiert, als ihren Hauptfeind an. Trotz der herausziehenden Gefahr des Nationalsozialismus leugnete die KPD grundsätzliche Unterschiede zwischen Weimarer Republik und Faschismus. Entsprechend dieser Linie schuf die KPD mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, der RGO, eine kommunistische Sondergewerkschaft.

Am 30. 11. und 1. 12. 1929 tagte in Berlin der 1. Reichskongreß der RGO. Der Kongreß erklärte die Sozialdemokratie zum gefährlichsten Feind der Arbeiter. In den Freien Gewerkschaften wurde eine „breite arbeitaristische Schicht“ gesehen, in den Unorganisierten hingegen nicht mehr ein Hemmnis, sondern ein vorwärtstreibender Faktor im ökonomischen Kampf¹⁸. Damit entfernte sich die KPD von ihrer früheren leninistischen Linie.

Der V. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale erklärte 1930 die Schaffung „selbständiger Organe“ zur Hauptaufgabe, nun wurde die RGO in eine Mitgliederorganisation umgewandelt¹⁹. Schon vorher stellte die KPD bei Betriebsratswahlen eigene Listen auf und verwarf gemeinsame Kandidatenlisten der Gewerkschaften. „Kommunist sein, heißt Todfeind des Sozialfaschismus sein . . . mit allen Kräften für die Befreiung der Arbeitermassen vom sozialfaschistischen Einfluß und gegen die kapitalistische Herrschaft zu kämpfen. Nur wer diese Politik im Betrieb durchführt, hat Platz in den Reihen unserer Partei.“ So das ZK der KPD vom Februar 1930²⁰.

Gleichzeitig forderte die Führung: „Der Weg der Herausbildung selbständiger Gewerkschaften als Massenorganisationen . . . muß mit unbeugsamer Konsequenz beschritten werden.“²¹ Am 5. November 1930 wurde der Rote Metallarbeiterverband, am 11. Januar 1931 der Rote Bergarbeiterverband gegründet, andere folgten. Zeitweilig rief die KPD direkt zum Verlassen der Freien Gewerkschaften auf. „Heraus aus dem Gesamtverband der sozialfaschistischen Verräter“ forderte die „Rote Wacht“, das Organ der kommunistischen Seeleute und Hafendarbeiter in ihrer Nr. 8 von 1931.

Als Gewerkschaft blieb die RGO freilich eine Splittergruppe, sie erreichte nur die Mitgliederzahlen der KPD, also nicht mehr als 300 000. Ende 1932 stellte die Führung fest: „In Deutschland, wo die Kommunistische Partei ihre Mitgliederzahl seit dem XI. Plenum (April 1931) verdoppelt hat, blieb die Mitgliederzahl der RGO und der Roten Verbände so gut wie konstant.“²²

18 Protokoll des I. Reichskongresses der revolutionären Gewerkschafts-Opposition Deutschlands. Berlin 1930, S. 17 ff.

19 Das schreibt auch Steffen Lehndorff in seiner ansonsten die Position der RGO rechtfertigenden Arbeit: Wie kam es zur RGO? Frankfurt/M. 1975, S. 143. Vgl. auch die Verharmlosung der RGO in: Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin (Ost) 1970, S. 385f.

20 „Die Rote Fahne“ vom 9. Februar 1930.

21 Die wichtigsten Beschlüsse im Zitat. Hrsg. KPD. Berlin o. J. (1932), S. 32.

22 „Die Rote Gewerkschafts-Internationale“. Organ des Vollzugsbüros der RGI. Nr. 17-18, Dezember 1932, S. 1004.

Es kam zu selbstkritischen Überlegungen. 1932 verurteilte der RGO-Führer Schulte das „Herauslaufen“ der Kommunisten aus den Gewerkschaften. Nun wurde wieder gefordert, stärker innerhalb der Freien Gewerkschaften zu wirken²³. Trotz ihres Mißerfolges bedeutete die RGO-Politik eine weitere Schwächung der Gewerkschaften und hatte verhängnisvolle Auswirkungen. Die organisierte Arbeiterschaft, die Kraft, die Hitler hätte abwehren können, wurde zersplittert.

Einheitsgewerkschaft

Auch nach der Machtergreifung Hitlers versuchten die Kommunisten zunächst, die RGO fortzuführen. Die sogenannte Brüsseler Konferenz der KPD 1935 nahm dann aber nicht nur selbstkritisch zu dieser Politik Stellung, sie forderte wieder die Einheitsfront und setzte sich für die Einheitsgewerkschaft ein: „Unter keinen Umständen darf wieder die frühere Zerreißung der gewerkschaftlichen Bewegung nach Parteirichtungen eintreten. Die Kommunistische Partei ist für die Einheit und die volle Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung und wird ihren Wiederaufbau mit allen Kräften unterstützen und fördern“²⁴.

Diese Linie schien für die KPD nach 1945 verbindlich. Die Gründung des FDGB und der Aufbau der Gewerkschaften in Westdeutschland ermöglichten den Kommunisten zunächst Mitarbeit und Funktionsbesetzungen. Die bereits beschriebene Entwicklung des FDGB zeigte freilich, wie die kommunistische Haltung zu verstehen war. In der Bundesrepublik änderte die KPD mit dem „Kalten Krieg“ ihre Haltung und es änderte sich das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Kommunisten. Die „These 37“ des KPD-Parteitag vom März 1951 behauptete, die „rechten Gewerkschaftsführer“ stellten „im Auftrage“ des „amerikanischen Imperialismus“ die Gewerkschaften „in den Dienst der Kriegsvorbereitungen“. Die KPD forderte von ihren Anhängern „Kampfhandlungen auszulösen auch gegen den Willen rechter Gewerkschaftsführer“²⁵.

Die KPD organisierte eigene Streikleitungen und Gewerkschaftskonferenzen. Die Folge war der Verlust fast aller Funktionen in den Gewerkschaften, da die Kommunisten Reverse unterschreiben sollten, in denen die These 37 als gewerkschaftsfeindlich abgelehnt wurde. Wer unterschrieb, wurde aus der KPD ausgeschlossen, wer nicht unterschrieb, verlor die Gewerkschaftsfunktion oder wurde ausgeschlossen. Der KPD-Parteitag 1954 ließ die These 37 stillschweigend fallen, zwar wurde gegen die Reverse polemisiert, die Unterschrift aber empfohlen, falls das

23 Fritz Schulte: RGO im Angriff. Berlin 1932, S. 17.

24 Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD, abgedruckt in: Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915-1945. Hrsg. Hermann Weber, 3. Aufl. Köln 1973, S. 377.

25 Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD. Entschließung des Parteitages. O. O. u. J. (1951), S. 19. Im Band: Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945-1956, Berlin (Ost) 1965, fehlt der entscheidende Teil der These 37 (S. 270), ohne daß dies kenntlich gemacht wäre, das gleiche gilt für Passagen über Stalin usw.

„zur Sicherung weiterer gewerkschaftlicher Arbeit" unumgänglich sei²⁶. Das bald darauf folgende Verbot der KPD beendete diese Phase.

Grundprobleme

Ein Blick auf das Verhältnis der deutschen Kommunisten zu den Gewerkschaften läßt in historischer Perspektive einige allgemeine Schlußfolgerungen zu:

1. Die Selbsteinschätzung der Kommunisten (als Vorhut der Arbeiterschaft im Besitze der Wahrheit) verstellte ihnen den Blick für die Notwendigkeit der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Gewerkschaften.
2. Soweit sich die Kommunisten am „real existierenden Sozialismus" orientieren, streben sie letztlich auch einen völligen Funktionswandel der Gewerkschaften (etwa nach dem Modell FDGB) an.
3. Die konkrete Gewerkschaftspolitik veränderte sich je nach der politischen Linie und schwankte zwischen den Versuchen zur Spaltung der Gewerkschaften und aktiver Mitarbeit.
4. In der politischen Linie der Kommunisten spielte die Politik der Sowjetunion von jeher eine einflußreiche, wenn nicht gar bestimmende Rolle. Deren Wandlungen zum Stalinismus wirkte ebenso auf den Kurs der KPD zurück wie die spätere teilweise Abkehr von Stalin Auswirkungen hatte.
5. Die Fixierung auf die Sowjetunion und deren System, in dem die Arbeiter keine autonomen Gewerkschaften besitzen, bringt die an der DDR bzw. UdSSR orientierten Kommunisten auch dort in Schwierigkeiten, wo sie die unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft vertreten wollen und daher aktiv in Gewerkschaften mitarbeiten.

26 Protokoll des Hamburger Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 28. bis 30. 12. 1954. O. O. u. J., S. 38.